

Statement

(Es gilt das gesprochene Wort!)

20. Januar 2026

Yasmin Fahimi

DGB-Vorsitzende

Statement zur Jahrespressekonferenz 2026

Berlin, 20. Januar 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist unnötig zu betonen, dass wir großen Handlungsbedarf in Deutschland haben. Es ist ebenso unnötig durch immer dystopischere Zuspitzungen uns tiefer in die Probleme zu reden.

Deutschland kann rasch wieder auf Erfolgskurs kommen, wenn jetzt zügig die richtigen Maßnahmen ergriffen werden: Wir brauchen einen Fokus auf das, was Wachstum, Beschäftigung und Zusammenhalt tatsächlich stärkt. Wir erwarten eine Wirtschaftspolitik, die künftig die richtigen Prioritäten setzt.

Im Zentrum müssen stehen:

- die Sicherung und der Ausbau industrieller Wertschöpfung,
- Investitionen in Innovationen, Qualifizierung und Daseinsvorsorge,
- sowie verlässliche Rahmenbedingungen für Beschäftigung, Tarifbindung und Mitbestimmung.

Kurz und knapp: ein Paket für gute Löhne, für gute Arbeit und für ein gutes Leben.

Was wir brauchen, sind strukturelle Antworten auf die wirtschaftlichen Herausforderungen und keine endlosen Deregulierungsforderungen. Und wir brauchen ebenso an der Spitze unserer Unternehmen wieder mehr Führungskräfte, die die Zukunft gewinnen wollen, statt sie zu bekämpfen. Wir brauchen auch in den Unternehmen Klarheit und Fokussierung auf die Zukunft statt dem ständigen Hin- und Her und dem gefährlichen Nachtrauern über vergangene Erfolge und Technologien.

In Summe: Deutschland braucht keine Nostalgie. Wir haben nach wie vor große Potentiale und brauchen neuen Schwung, frische Ideen und neuen Mut, diese auszubauen. Als Gewerkschaften wollen wir dazu unseren Beitrag leisten. Wir sind bereit, in noch intensivere Gespräche beim Bundeskanzler und aller anderen Ministerien zu gehen, um gemeinsam eine Zukunftsagenda für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu entwickeln. Denn die Zeit drängt.

Auch die Bundesregierung betont, den Schwerpunkt auf den wirtschaftlichen Aufschwung richten zu wollen. Aber sie verliert sich gleich wieder in Nebenschauplätzen. Unser Fazit als Gewerkschaften lautet daher: Diese Bundesregierung setzt die falschen Prioritäten.

Allerlei vermeintliche Erleichterung für die Wirtschaft durch Deregulierung und gleichzeitig zunehmend geforderte Erschwernisse und Kosten für die Beschäftigten sind kein Zukunftsprogramm und werden kein Wirtschaftswachstum schaffen. Solche Vorschläge untergraben lediglich den Zusammenhalt, das Vertrauen in einen verlässlichen Staat und sie schwächen die Kaufkraft. Die Beschäftigten sind nicht schuld an der Krise. Arbeitsrechte und der Sozialstaat sind nicht Ursache für die Wachstumsschwäche.

Wir müssen die strukturellen Schwächen beheben und uns im internationalen Wettbewerb neu aufstellen durch eine Stärkung des Binnenmarktes, kluge Außenhandelspolitik und Innovationen für mehr Technologieführerschaft.

Die Debatten über die Lohnfortzahlung bei Krankheit, über längere Arbeitszeiten und ein höheres Rentenalter: Nichts davon hilft, die Auftragslage in der Wirtschaft zu verbessern und die Auftragsbücher wieder zu füllen. Nichts davon schafft Zukunftssicherheit für Beschäftigte. Und das ausgerechnet in einer Zeit, in der wieder mehr Vertrauen in politisches Handeln dringend notwendig wäre. Die Menschen spüren, dass sie zu Sündenböcken gemacht werden sollen, und sie sind es leid.

Viel zu viele Menschen fürchten derzeit um ihren Arbeitsplatz. Unsicherheit ist der bestimmende Faktor im Alltag unserer Kolleginnen und Kollegen in der Stahl-, Chemie- und Automobilindustrie, im Maschinenbau und in vielen Zulieferbetrieben. Das alles frisst sich durch unsere Wirtschaftsketten und geht quer durch die Familien und Nachbarschaften – auch bei denen, die gar nicht selbst in den betroffenen Sektoren tätig sind.

Wir erwarten daher eine echte Wirtschaftspolitik, die künftig die richtigen Prioritäten setzt. Im Fokus muss dabei gute Arbeit und mehr Innovation stehen. Beides gehört zusammen. Ohne sichere Arbeitsplätze keine Akzeptanz für den Wandel. Ohne Innovation keine Perspektive für Beschäftigung.

Klar ist: Auch die notwendigen privaten Investitionen entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie brauchen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen, verbindliche öffentliche Investitionen, Planungssicherheit und eine stabile Nachfrage. Die Bundesregierung hat mit dem Sondervermögen bereits den richtigen Grundstein dafür gelegt. Jetzt gilt es, mit mehr Tempo darauf aufzubauen und die richtigen Prioritäten zu setzen.

Darunter verstehe ich auch eine öffentliche Vergabe nach dem Prinzip „Wer in Europa verkaufen will, muss auch in Europa produzieren“ – Wertschöpfungstiefe und Standorttreue müssen einen Unterschied machen, bei allen Instrumenten der Wirtschaftsförderung.

Eine vergiftete Debatte über unseren Sozialstaat ist dagegen keine Hilfe. Unser Sozialstaat hat uns erfolgreich durch viele Krisen getragen. Und unser System der Sozialen Sicherungen ist eine zentrale Voraussetzung für Stabilität. Das gilt besonders in Zeiten der Umbrüche. Und im besonderen Maße auch für die Rentenpolitik.

Das ist nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage. Rentenpolitik ist eine Vertrauensfrage. Sie entscheidet in besonderem Maße darüber, ob Menschen den Wandel als Bedrohung erleben oder als einen Prozess, den man gestalten kann. Das gilt gerade auch in Zeiten des demographischen Wandels. Wir brauchen gute, sachgerechte Lösungen für die eineinhalb Jahrzehnte, in denen die Babyboomer in Rente gehen und das System der Alterssicherung vor besondere Herausforderungen stellen.

Wir brauchen mehr Transparenz und Ehrlichkeit bei der Bewertung des angemessenen Steuerzuschusses. Und wir wollen mehr Gerechtigkeit im System auf der Seite der Beitragszahler. Jung und Alt müssen sich in ihrer Lebensplanung darauf verlassen können, dass die Rente sicher ist. Das ist das große Versprechen des Sozialstaats.

Eine starke gesetzliche Rente bleibt dafür das Fundament. Sie muss ergänzt werden durch faire betriebliche Vorsorge, sozial abgesicherte Übergänge in den Ruhestand und Lösungen für Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien.

Deshalb werden wir als Deutscher Gewerkschaftsbund eine eigene alternative Rentenkommission einsetzen. Die Zukunft der Alterssicherung darf nicht länger als technisches Rechenproblem behandelt werden – sie ist eine zentrale Frage von sozialer Gerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Mit unserer Rentenkommission bringen wir Gewerkschaften, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und politische Verantwortungsträger zusammen. Sie wird hochrangig besetzt sein und besteht aus 13 Vertretern von Gewerkschaften, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und parteipolitischen Vertretern.

Gearbeitet wird in vier thematischen Laboren. Im Mittelpunkt stehen die Versorgungsansprüche aus gesetzlicher und betrieblicher Rente, die Finanzierung der Alterssicherung, Fragen von Renteneintritt und Beitragsjahren sowie sozial abgesicherte Übergänge von der Arbeit in den Ruhestand.

Unser Anspruch ist klar: Wir wollen Sicherheit geben, Orientierung schaffen und mit einem eigenen, überzeugenden Zukunftskonzept, das einen Gegenpol setzt zur permanenten Krisen- und Verzichtserzählung in der Rentendebatte. Im Sommer dieses Jahres werden wir konkrete Vorschläge für ein verständliches und tragfähiges Gesamtkonzept vorlegen – für eine auskömmliche Rente, solidarisch finanziert.

Meine Damen und Herren,

gleichzeitig muss uns allen klar sein: Der Sozialstaat ist mehr als die Summe seiner Versicherungen. Er ist mehr als Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung. Der Sozialstaat muss gerade dort spürbar und wirksam sein, wo Menschen ihren Alltag erleben. In unseren Gemeinden. In unseren Städten.

Ich spreche von der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen. Ich spreche von einem Bildungssystem, das Ungleichheiten abbauen müsste, sie aber viel zu oft verfestigt. Ich spreche von Kommunen, die durch bezahlbaren Wohnraum und einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr das Leben besser machen sollen – es aber vielfach nicht mehr können.

Wir können es nicht länger hinnehmen, dass kommunale Dienstleistungen erlahmen oder sogar Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft ausbremsen. Nicht, weil die Beschäftigten der Kommunen versagen – im Gegenteil. Sonder, weil sie seit Jahren überlastet, unterfinanziert und alleingelassen werden.

Die Kolleginnen und Kollegen in Kitas, Schulen, Verwaltungen, im Nahverkehr und in der Pflege brauchen Entlastung. Und sie brauchen vor allem endlich die Mittel, um ihre Arbeit gut machen zu können.

Deshalb sage ich klar: Wir müssen die Kommunen endlich aus ihrer Überschuldung holen mit einem Alt-schuldenfonds. Wir brauchen eine bessere Ausstattung der Kommunen. Wir brauchen einen echten Schuldenerlass. Und wir brauchen Verlässlichkeit statt immer nur lauwarmen Ankündigungen.

Denn wenn der Staat dort versagt, wo ihn die Menschen jeden Tag konkret erleben, dann haben wir kein Verwaltungsproblem – dann haben wir ein Demokratieproblem. Bund und Länder müssen sich jetzt bewegen und eine Lösung finden. Und dieser notwendige politische Wille muss sich auch in den Haushalten widerspiegeln.

Meine Damen und Herren,

wir sind die organisierte Stimme der Beschäftigten in diesem Land. Wir sind Gegenmacht und Schutzmacht. Und wir sind der solidarische Zusammenschluss, um als notwendiger Gegenpol zu einem gesellschaftlichen Verständnis zu wirken, das den Einzelnen allzu oft allein lassen will.

Das machen wir auch im Rahmen der Betriebsratswahlen 2026 deutlich. Dies ist immerhin die zweitgrößte demokratische Wahl in diesem Land. Die Betriebsratswahlen sind ein stimmungspolitischer Gradmesser für die Arbeitswelt – gerade in Zeiten von Umbau und Konflikten.

Starke Betriebsräte bedeuten: Beteiligung statt Verunsicherung. Mitbestimmung statt Durchregieren. Stabilität im Wandel. Und Betriebsräte verbinden Tarifbindung, Demokratie und soziale Sicherheit im Betrieb.

Gleichzeitig beobachten wir mit großer Sorge, dass sich immer mehr Arbeitgeber aus Tarifbindung und Mitbestimmung zurückziehen. Das ist kein Randphänomen. Das ist eine ernsthafte Gefährdung unseres Modell Deutschland. Wo Tarifbindung schwindet, wächst Unsicherheit. Wo Mitbestimmung geschwächt wird, nimmt der Konflikt zu. Wenn wir Sozialpartnerschaft verlieren, verlieren wir auch wirtschaftliche Stabilität. Wer Mitbestimmung und Tarifbindung als Last und Bürokratie brandmarkt, der will ein Kräfte-messen zwischen den bisherigen Verhandlungspartnern. Und das wird er dann auch bekommen.

Deswegen muss als erster Schritt jetzt endlich das Bundestariftreuegesetz ohne weitere Einschnitte kommen und ein Nationaler Aktionsplan für Tarifbindung auf den Weg gebracht werden. Arbeitgeber sollten ihren Widerstand gegen das Gesetz endlich aufgeben, wenn ihnen daran gelegen ist, Lösungen zu finden, und wenn sie für einen sauberen Wettbewerb stehen.

All diese Fragen werden uns in diesem Jahr tagtäglich beschäftigen. Besonders laut werden wir uns aber am 1. Mai zu Wort melden – unter dem Motto „Erst unsere Jobs, dann Eure Profite“ – auf der zentralen Veranstaltung in Nürnberg und bei Hunderten weiterer Veranstaltungen im ganzen Land.

Direkt danach schärfen wir unseren politischen Kompass beim Ordentlichen Bundeskongress, der vom 10. bis 13. Mai in Berlin stattfindet und zu dem Sie alle natürlich herzlich eingeladen sind.

Jetzt erwarten wir von der Bundesregierung und von Arbeitgebern, dass auch sie ihren Kompass neu ausrichten.

Vielen Dank.